

Änderungsantrag

an die ordentliche Landesversammlung am 22./23.10.2011 in Bad Windsheim

AntragstellerIn : **LAK Frauenpolitik**

Gegenstand: **"Geschlechtergerechtigkeit - Wahlfreiheit stärken"**

Die Bayerische Landesversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen möge beschließen, die Zeilen 237 - 261 unter der Überschrift "Geschlechtergerechtigkeit - Wahlfreiheit stärken", zu streichen und stattdessen folgenden Text als eigenen Punkt nach Zeile 169 aufzunehmen:

Geschlechtergerechtigkeit - Wahlfreiheit stärken

Für Frauen liegen im demografischen Wandel Chancen und Risiken besonders nahe beieinander. Auf der einen Seite sind es die Frauen, die weniger Kinder bekommen und auf die zunehmend Pflegeaufgaben zukommen. Auf der anderen Seite stellen gerade sie einen großen Teil des aktivierbaren Potentials, und können dem Fachkräftemangel abhelfen.

Jetzt geht es darum, Frauen den Weg zu einer gleichberechtigten Teilnahme am Arbeitsleben zu ebnet und die Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen. Dabei darf das Pendel nicht in das gegenteilige Extrem ausschlagen und Frauen als „Manövriermasse“ von der Gesellschaft unter Druck gesetzt werden. Frauen und Männer sollen gleichermaßen die Wahl haben, wie sie Arbeitsleben und Familienarbeit gestalten.

Unsere Gesellschaft altert, die Zahl der pflegebedürftigen, oder auch einfach „nur“ alten Menschen steigt. Wir brauchen entsprechende Wohn- und Pflegeangebote, die Kindern u. Schwiegerkindern die Freiheit lassen, einer Arbeit nachzugehen. Dabei sollen sie ihre Angehörigen trotzdem gut aufgehoben wissen.

Der demografische Wandel bringt eine Umverteilung zwischen Stadt und Land mit sich. Wir müssen in ländlichen Regionen Infrastruktureinrichtungen sicherstellen, um Frauen nicht in die Rolle von „Kindertaxis“ zu zwingen. Der ländliche Raum muss weiterhin attraktiv für Familien bleiben. Ein Ausbau des Breitbandnetzes schafft darüber hinaus die Voraussetzungen für Home-Office-Arbeitsplätze, die immer noch gerade für Frauen attraktiv sind. Auf der anderen Seite muss auch in unseren großen Städten Wohnraum bezahlbar bleiben. Es darf nicht dazu kommen, dass bspw. Alleinerziehende, aktuell immer noch mehrheitlich Frauen, gezwungen sind, ihre Wohnorte zu verlassen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können.

Voraussetzung für alle Maßnahmen, die ergriffen werden, um unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse an den demografischen Wandel anzupassen, muss aber sein, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt werden und die Beteiligung von Frauen an den Entscheidungsprozessen sichergestellt ist.

Forderungen:

- Eine gerechte Verteilung des Arbeitsvolumens (sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse) und von Berufs- und Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern
- Ausbau von Ganztagesbetreuungsangeboten für Kinder
- Abschaffung von steuerlichen Negativanreizen wie dem Ehegattensplitting und der Steuerklassenkombination 3 + 5
- Eine paritätische Aufteilung des Elterngeldes und das Elterngeld in Teilzeit
- Eine „Väterzeit“ in Anlehnung an den Mutterschutz
- Eine Neudefinition von Vollzeitarbeit in Kombination mit Arbeitszeitkonten
- Finden einer politischen Lösung für die drohende Altersarmut von Frauen
- Ausbau der gendersensiblen Beratung zur Berufswahl

KV Fürth, Beschluss vom 28.09.2011,

UnterstützerInnen:

Doris Wagner (KV München-Stadt), Daniela Müller (KV Nürnberg-Stadt), Anna Hanusch (KV München-Stadt), Bärbel Röhner (KV München-Stadt), Susanne Thoma (KV Augsburg), Verena Osgyan (KV Nürnberg-Stadt), Erna Groll (KV Kempten), Lisa Badum (KV Forchheim), Anna Seliger (KV München-Stadt), Bernadette Felsch (KV München-Stadt), Magdalena Schmidt-Nörr (KV München-Stadt), Ruth Halbritter (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Berti Furtner-Loleit (KV München), Hermann Brem (KV München), Gislinde Nauy (KV München), Katja Ploner (KV Köln), Lydia Dietrich (KV München), Gabriela Seitz-Hoffmann (KV Weilheim-Schongau)